

Herr Hoseus erläutert die in der Mitteilung zum Antrag der SPD-Fraktion aufgeführten Argumente, die gegen einen Umbau des Rad-/ Gehweges zwischen Kölner Straße und Begegnungsstätte Kra winkelsaal zu einer Ladezone sprechen

Die Verwaltung schlägt vor, dass Veranstalter, die sperrige und/oder schwere Gegenstände anzuliefern oder abzuholen hätten, einen entsprechenden Antrag auf Einrichtung einer zeitlich befristeten Halteverbotszone stellen. Evtl. könnte die Stadt dem Veranstalter dabei behilflich sein. Die Gebühr des Straßenverkehrsamtes in Höhe von 50 € müsste der Veranstalter tragen. Fraglich wäre aber in der Folge auch, wer die entsprechende Beschilderung vornehmen würde. In der Ratssitzung ist der Antrag zur Beratung und Beschlussfassung an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss verwiesen worden. Dieser fasst nach ausgiebiger Diskussion folgenden